

Antworten der CDU

1. Wie wollen Sie zur Armutsreduzierung in Hamburg, insbesondere der Armutsreduzierung der alleinerziehenden und älteren Frauen beitragen?

Armutsreduzierung in Hamburg, insbesondere der alleinerziehenden und älteren Frauen ist ein wichtiges Ziel der CDU in der nächsten Legislaturperiode. Von Seiten der Bundesregierung wird zu diesem Thema bereits viel getan. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Die Gefahr, im Alter in Armut zu leben, ist in den vergangenen Jahren in ganz Deutschland spürbar gestiegen. Zwar lag die sogenannte „Armutgefährdungsquote“ bei Frauen ab dem 66. Lebensjahr in Hamburg zuletzt mit 12,0 Prozent immer noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt dieser Personengruppe von 16,2 Prozent. Allerdings ist dies ein Anstieg um über 50 Prozent innerhalb nur weniger Jahre. Von dieser Entwicklung übermäßig betroffen sind wiederum ältere Frauen, die Kinder erzogen, dadurch länger im Beruf pausiert und weniger in die Rentenkasse eingezahlt haben. Genau an diesem Punkt setzt die im vergangenen Jahr auf Initiative der CDU eingeführte „Mütterrente“ an. So erhalten alle Frauen, die vor 1992 ein Kind bekommen und erzogen haben, pro Kind jährlich über 300 Euro mehr Rente. Das sind insgesamt fast 7 Mrd. Euro, die Frauen im Rentenalter im laufenden Jahr mehr im Portemonnaie haben werden. Dadurch wird die Mütterrente in Zukunft entscheidend zur Armutsreduzierung bei älteren Frauen, auch in Hamburg, beitragen.

2. Wie wollen Sie in Hamburg dazu beitragen, Gewalt aus menschlichen Beziehungen zu verbannen und Gewaltfreiheit als Teil der Kultur Hamburgs zu etablieren?

Gewaltfreiheit als Teil der Kultur in Hamburg zu etablieren sollte ein wichtiges Ziel in der nächsten Legislaturperiode sein. Dazu wird die CDU die Arbeit von Vereinen, wie dem Landesfrauenrat Hamburg e.V. fördern. Wir unterstützen zudem das Konzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf Landesebene. Wir werden die Umsetzung der in dem Konzept angekündigten Maßnahmen kritisch begleiten.

3. Was erwarten und planen Sie im Zusammenhang mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm für die nächste Legislaturperiode? Wie bewerten Sie bisherige Erfolge, wo sind künftige Schwerpunkte zu setzen?

Die 162 vorliegenden Maßnahmen des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms des SPD-Senats vom März 2013 stellen eine mehr oder weniger belanglose Übersicht über mögliche Einzelvorgänge dar. Der Senat wird erst noch beweisen müssen, ob er die angekündigten Maßnahmen umsetzt, anstatt nur zu evaluieren, welche Maßnahmen wirken und welche nicht. Und der Senat wird beweisen müssen, ob diese Maßnahmen Wirkung zeigen. Insgesamt handelt es sich bei den Maßnahmen um Stückwerk, die die Lage der Frauen nicht wirklich verbessern. Wo das Ziel der Maßnahmen liegt, bzw. wo der Senat in 3 Jahren hin möchte, wird nicht deutlich. Oftmals bleiben selbst die angedeuteten Maßnahmen heiße Luft und sehr schwammig. In der kommenden Legislaturperiode werden die Maßnahmen des Senats besser bzw. genauer zu formulieren sein. Es muss deutlicher werden, welche Ziele der Senat bei der Gleichstellung von Mann und Frau haben will. Nach genauerer Formulierung dieser Ziele sind konkretere Schritte zu entwickeln als nur zu sagen, der Senat habe in seinem Arbeitsprogramm die gerechte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen zu den zentralen Grundsätzen seiner Gleichstellungspolitik erhoben, man wolle mehr Straßen nach Frauen benennen und man wolle die gleichberechtigte Teilhabe an Führungspositionen fördern. Konkreter sollte der Senat sagen, wie hoch die Quote der Frauen in welchen Führungspositionen (Aufsichtsräte, Senatsposten und andere Führungspositionen) sein sollte, und wie der Senat das erreichen will. Wie sieht es mit

Antworten der CDU

flexibleren Arbeitszeitmodellen in öffentlichen und privaten Unternehmen in Hamburg aus? Und bis wann sollen diese Modelle wie erreicht werden? Hier hätte der SPD-Senat die Chance, die Große Koalition im Bund, die sich gerade erst auf eine Frauenquote (knapp ein Drittel der Aufsichtsratsposten in gut 100 börsennotierten Unternehmen soll zukünftig von Frauen besetzt sein) geeinigt hat, in seine Ziele einzubinden. Ziel der CDU in der kommenden Legislaturperiode wird es also sein, das Rahmenprogramm konkreter auszugestalten, genaue Ziele zu formulieren und diese dann landespolitisch und bundespolitisch umzusetzen.

4. Wohnen und Verkehr in der Großstadt: zwei Herausforderungen für Frauen mit Kindern. Welche politischen Planungen verfolgen Sie z.B. in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum, Entlastung Alleinerziehender, Mehrgenerationenhäuser, mehr und günstigeren ÖPNV, bessere Taktzeiten im ÖPNV?

Die aktuellen Fertigstellungszahlen in der Wohnungsbauförderung gehen am tatsächlichen Bedarf vorbei, denn sie liegen überwiegend in den hochpreisigen Segmenten. Deshalb müssen die Förderprogramme der Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB Hamburg) bedarfsgerecht angepasst und optimiert werden. Bei der derzeitigen Förderpolitik des SPD-Senats bleiben vor allem diejenigen Wohnungssuchenden auf der Strecke, die, weil sie ein paar Euro zu viel verdienen, zwar keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, sich aber umgekehrt auch keine Wohnung von 10 oder 12 Euro Miete pro Quadratmeter leisten können. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir das Wohnraumförderprogramm um einen 3. Förderweg mit einer Anfangsmiete zwischen 8,00 bis 10,00 €/m² erweitern und insbesondere Familien der mittleren Einkommen bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stellen. Des Weiteren setzen wir uns für die Erhöhung der Programmzahl im 1. Förderweg und die Stärkung des Erwerbs von sozialen Belegungsbindungen ein, um langfristig den Mietenanstieg zu verhindern. Die CDU hat hierzu mehrere Anträge, unter anderem einen aktuellen Haushaltsantrag (Drs. 20/13981), eingebracht. Das Miteinander und Wohnen von Jüngeren und Älteren unter einen Dach, überwiegend realisiert in Form von Baugemeinschaften, unterstützen wir als CDU weiterhin ohne Vorbehalte.

Im ÖPNV setzen wir uns für ein gerechteres, transparenteres und ökonomisch tragfähiges Preissystem ein, das gleichzeitig attraktivere, flexiblere und bezahlbare Lösungen, z. B. für Familien, Senioren oder Menschen mit geringem Einkommen, ermöglicht. Dazu gehört aus CDU-Sicht auch, dass eine Erhöhung der Fahrpreise nur dann gerechtfertigt ist, wenn damit zusätzlichen Angebote oder erkennbare Verbesserungen für die HVV-Nutzer einhergehen. Wir sprechen uns zudem für den Bau einer Niederflurstadtbahn aus, die ebenerdig und dadurch automatisch barrierefrei ist. Mit einer Niederflurstadtbahn können wir viele bisher vernachlässigte und schlecht an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossene Stadtteile, wie z. B. Osdorf, Lurup, Steilshoop und Bramfeld, kostengünstiger und schneller erschließen als mit einer U-Bahn und so die dringend benötigten neuen Kapazitäten schaffen und die Qualität im öffentlichen Nahverkehr weiter verbessern.

5. Wesentlich mehr Frauen als Männer arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Was kann dagegen getan werden? Wie wollen Sie gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchsetzen?

Der gesetzliche Mindestlohn gilt ab 1. Januar 2015 flächendeckend und wird auch dabei helfen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu verhindern. Die Verdienstabstände fallen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich hoch aus. Da der Grundsatz der Entgeltgleichheit im deutschen Recht schon lange verankert ist, sind Lohnunterschiede oft auf verdeckte Ursachen

Antworten der CDU

zurückzuführen. Es gilt, die vielfältigen Ursachen anzugehen, die zur Entgeltungleichheit führen. Hierzu gehören auch Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um Erwerbsunterbrechungen zu reduzieren, genauso wie Informationen und Karriereförderprogramme für Frauen. Darüber hinaus müssen traditionelle weibliche Berufsfelder aufgewertet werden. Die Aufgaben im Bereich der Pflege werden überwiegend noch von Frauen ausgeführt und wir setzen uns für eine breitere Anerkennung aus. Angesichts des demografischen Wandels und dem damit verbundenem Fachkräftemangel kann es sich Hamburg nicht leisten, Frauen schlechter zu entlohnen als Männer. Zwar arbeiten Frauen häufiger in Teilzeit und unterbrechen ihr Erwerbsleben öfter durch Erziehungszeiten, jedoch handelt es sich bei der Frage des existenzsichernden Einkommens um kein reines „Frauenproblem“. Entscheidend ist, dass die Zahl der Arbeitslosen sinkt und möglichst viele Arbeitslose auf den ersten Arbeitsmarkt gelangen. Wir wollen eine Arbeitsmarktpolitik, deren Maßnahmen insbesondere auf die Integration in den ersten Arbeitsmarkt abzielen.